

UMWELT

Giftiges Erbe

Tausende ehemaliger US-Wohnungen in Deutschland sind mit krebserzeugenden Stoffen verseucht. Die neuen Mieter und Eigentümer fühlen sich betrogen.

Als die Amerikaner nach der deutschen Wiedervereinigung ihre Kasernen, Villen und Areale räumten, wurde die Bundesrepublik Deutschland auf einen Schlag um rund 30 000 Wohnungen reicher. Doch inzwischen erweist sich das Erbe als eine teure Altlast.

Ob in Frankfurt, Erlangen, Nürnberg, Mainz, Ramstein oder Herzogenaurach – überall schlagen die Käufer oder neuen Mieter der früheren US-Domizile Alarm: Die in den fünfziger und sechziger Jahren gebauten Siedlungen der Army, die vom Bund zum größten Teil an Kommunen und Private weitervermietet oder -verkauft wurden, sind teilweise hochgradig mit krebserzeugenden polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) und polychlorierten Biphenylen (PCB) sowie mit Insektiziden verseucht.

In Frankfurt tobt seit Monaten ein heftiger Kleinkrieg zwischen einer von aufgebrachtten Mietern gegründeten Betroffenen-Initiative Schadstoffe (Biss) und den Wohnungseigentümern, der stadteigenen Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH sowie der Bundesvermögensverwaltung.

Die Biss-Leute werfen Bund und Stadt vor, denen in der Mainmetropole 2800 ehemalige US-Quartiere gehören, die Vergiftungsgefahr für die Bewohner zu verarmen. Eine privat in Auftrag gegebene Schadstoffanalyse hat PAK-Werte bis zu 3698 Milligramm im Kilo Feinstaub nachgewiesen. Erdboden mit PAK-Werten über 150 Milligramm muß in Hessen als Sondermüll entsorgt werden. Mieter klagen immer öfter über Kopfschmerzen, Nasenbluten, Schwindelanfälle und Hautausschlag. Im Urin von betroffenen Kindern fanden Mediziner PAK-Werte, wie sie bei erwachsenen Rauchern gemessen werden. Doch die Eigentümer, so der Biss-Vorwurf, rührten sich nicht.

Als Quelle der Verseuchung gelten vor allem die mit Bitumenklebern verarbeiteten Parkettböden. In Holzeinbauten wurden außerdem hohe Werte des Giftes DDT gefunden, das auch in Amerika seit 1972 verboten ist. Die Militärverwaltung ließ nach Aussagen von ehemals in Deutschland stationierten GIs Kasernen und Wohnungen der Soldaten häufig und großzügig mit Insektiziden aussprühen, unter anderem auch mit giftigen, lindanhaltigen Holzschutzmitteln.

In der Provinz galten die Militär-Quartiere als Schnäppchen. Für rund 70 Millionen Mark erwarb beispielsweise die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Fürth (WBG) mehr als 1200 Wohnungen vom Bund. Rund 800 davon wurden zu niedrigen Preisen weitergegeben; eine geräumige Vierzimmerwohnung kostete rund 200 000 Mark.

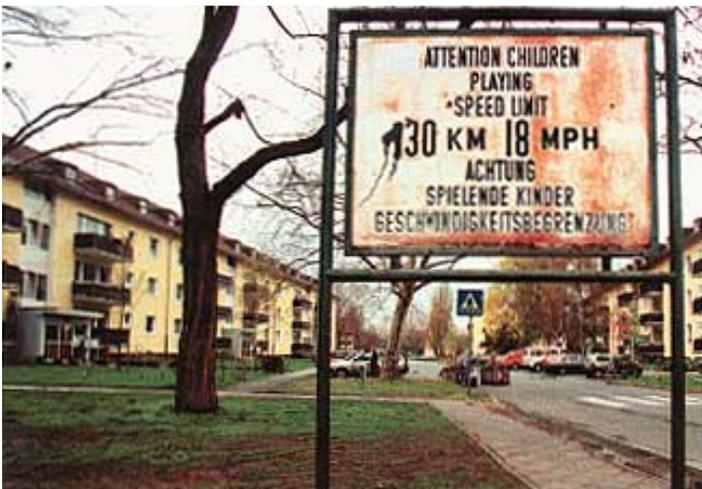
Aber die Freude währte nicht lange. Nachdem in Kleb- und Dämmstoffen unter den Parkettböden PAK-Werte bis zu 80 000 Milligramm gemessen worden waren, gingen Mieter und Käufer auf die Barrikaden.

Stadt und WBG sagten inzwischen eine umfassende Sanierung zu. Die Betroffenen müssen sich nur dann an den auf 30 Millionen Mark geschätzten Kosten beteiligen, wenn sie einen neuen Parkettboden wünschen. Außerdem rechnen die Fürther mit einem Sanierungszuschuß des Bonner Finanzministeriums in Höhe von 15 bis 20 Millionen Mark.

In Frankfurt wären die Bewohner der US-Hinterlassenschaften mit dem WBG-Angebot zufrieden. Die Frankfurt Holding weigert sich, überhaupt etwas zu tun – Be-



Verseuchte Wohnung in Frankfurt: Immer mehr



R. RUEFFER / FRANKFURT PICTURE

Ehemalige US-Siedlung*: „Feucht wischen“

gründung: Für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe gebe es noch keine Grenzwerte.

Auch die Bundesvermögensverwaltung stellt sich erst einmal stur. Sie wartet auf Ratschläge des Umweltbundesamtes und der Bonner Ministerin Angela Merkel.

Das kann dauern. Bei einer vom Umweltbundesamt organisierten Expertenanhörung kam nicht viel heraus. Wegen der „Vielschichtigkeit des Problems“, so die offizielle Erklärung, könnten „konkrete Empfehlungen noch nicht formuliert werden“.

Beate Hunger vom Frankfurter Mieterverein „Ideal“ hält die Verzögerungsstrategie der Wohnungsgesellschaft für

* In Frankfurt-Ginnheim.

„menschenverachtend“. Die Krankenschwester, die mit ihrem Mann und drei Kindern in einer PAK-belasteten Wohnung in Frankfurt-Ginnheim lebt, fordert: „Es muß dringend etwas geschehen.“ An Fenstern und Balkonen des Viertels hängen Transparente mit Totenköpfen und dem Satz: „Wir bezahlen nicht nur Miete, sondern auch mit unserem Leben.“ Mietersprecher Eberhard Centner aus der Edwards Siedlung beschuldigt die Frankfurt Holding, sie sei „schlimmer als der schlimmste Miethai“.

Viele Bewohner haben die Miete gemindert, einige zahlen gar nichts mehr. Die Wohnungsgesellschaft droht zwar mit Zwangsräumung, aber noch mehr als Einnahmeverluste fürchtet sie den politischen Eklat: Aufsichtsratsvorsitzende der Frankfurt Holding ist die CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Familie Sieh hat inzwischen aufgegeben und ist vor Ostern ausgezogen. Anfangs hatten die Siehs auf eine „schnelle Sanierung“ gehofft. Aber als die Holding den Mietern lediglich riet, die Wohnungen öfter „feucht zu wischen“, und Kritiker zudem der „Panikmache“ bezichtigte, verlor die Familie die Lust an ihrer Wohnung, in die sie immerhin mehrere 10 000 Mark gesteckt hat. Siehs wollen die Holding auf Schadensersatz verklagen.

Mittlerweile hat sich auch die städtisch dominierte Frankfurter Entsorgung und Service GmbH (FES) in den Konflikt um die US-Wohnungen eingemischt. Anfang April warnte die Firma einen Mieter schriftlich davor, belastete Stäube aus seiner Wohnung in die Mülltonne zu werfen. Die FES-Schreiber rieten „dringend, auch zu Ihrem eigenen Schutz, diese Abfälle staubdicht verpackt, z. B. in Plastiktüten, an unserem Schadstoffmobil abzugeben“.

Der Brief der Umweltentsorger hat die Empfänger auf eine Idee gebracht. Sie überlegen, die Verantwortlichen der Frankfurt Holding wegen „Gewässerunreinigung und illegaler Abfallbeseitigung“ anzuzeigen. Denn die hätten ihnen schließlich geraten, die Böden feucht zu wischen, um sich vor dem PAK-Gift zu schützen. ♦



A. VARNHORN

Mieter ziehen aus